

Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und leistungsstarken Luftwaffe bekennen.

**EDITORIAL DES
PRÄSIDENTEN**

PATRICK WALDER

Ausgabe Nr. 50 / Januar 2018

Liebe Mitglieder des Forum Flugplatz Dübendorf

Die letzten Monate standen ganz im Zeichen der Abstimmungen. Am 26. November 2017 hatte die Bevölkerung Dübendorfs das erste Mal die Gelegenheit indirekt über den Innovationspark abzustimmen. Weiter wurden die Stimmberechtigten der Stadt Dübendorf und der Gemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen zum Projekt der Anrainergemeinden an die Urne gebeten.

Der Flugplatz Dübendorf steht in den Anrainergemeinden schon lange auf der politischen Agenda. Auch wenn mit dem Status quo eigentlich alle sehr gut leben können, scheint auf allen Ebenen der Politik der Wille zur unumkehrbaren Zerstörung dieses Areals virulent zu sein. Statt die Piste zu erhalten und die Grünfläche ruhen zu lassen, möchte die Politik einen unnötigen Innovationspark und eine ausgedehnte aviatische Nutzung vorantreiben. Dabei bestünde doch gerade beim Flugplatz Dübendorf die Chance mit einer gelassen bewahrenden Politik auch künftigen Generationen Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten.

Die Abstimmungen im Überblick

Das Forum Flugplatz Dübendorf fordert seit Jahren, dass die Bevölkerung sich endlich zum Innovationspark äussern kann. Leider wurde uns dies jeweils verwehrt. So war ursprünglich das Ziel, dass die Stimmberechtigten des Kantons Zürich über den Richtplanteil des Innovationspark abstimmen können. Sowohl der Kantonsrat wie auch das Bundesgericht verwehrten dies jedoch. Mit der Umzonung des Flugplatzrand Nord war erstmals in dieser Thematik ein Referendum möglich. Mittels Behördenreferendum kam die Umzonung vors Volk. Leider ging es dabei nur symbolisch um den Innovationspark, da die «Classe Politique» es weiterhin verstanden hatte sämtliche Grundsatzentscheide ohne das Volk zu beschliessen. In einem intensiv geführten Abstimmungskampf ist es uns leider nicht gelungen, die negativen Folgen eines Innovationsparks aufzuzeigen und so die symbolische Abstimmung zu gewinnen. Das Dübendorfer Stimmvolk sagte mit rund 57% JA zur Umzonung und somit Ja zum Startschuss für den Innovationspark.

Die Gewinner der Abstimmung und Befürworter des Innovationsparks sind nun in der Pflicht ihre Versprechen zu halten. So haben Sie versprochen, dass der Park sich langsam und schonend in den

nächsten 30 Jahren entwickelt und die Infrastruktur so erweitert wird, dass die Anrainergemeinden nicht im Verkehrschaos versinken. Auch nach der verlorenen Abstimmung darf man bezweifeln, ob die Befürworter überhaupt willens und in der Lage sein werden ihre Versprechen einzuhalten.

In einem Schnellschuss und ohne Professionalität zauberten die Anrainergemeinden vor ziemlich genau einem Jahr ein Projekt namens „Historischer Flugplatz mit Werkflügen“ hervor. Mit Vehemenz versuchten die Exekutiven dies als neue Erfindung, welche sämtliche Probleme lösen soll, zu präsentieren. Dabei lehnten sie sich offensichtlich an das Konzept AVIApolis an, welches das Forum vor Jahren mitentwickelt hatte und das damals bei den Behörden stets auf Ablehnung stiess. Anstatt sich Fehler einzugestehen und das privatwirtschaftliche Konzept AVIApolis voranzutreiben, modelten sie das Konzept zu einem staatlich geführten Flugplatz um, bei dem die Steuerzahler sämtliche Risiken zu tragen haben werden. Mit dem Versprechen, dass die Kosten für den Steuerzahler überschaubar seien und der Fluglärm trotzdem nicht zunehmen werde, wurden die Stimmberechtigten der Gemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen sowie der Stadt Dübendorf zu einem JA bewogen. In Tat und Wahrheit ging es den Exekutiven aber gar nie um eine aviatische Weiternutzung des Flugplatzes Dübendorf. Es ging ihnen um eine Legitimation weiterhin gegen sämtliche aviatische Nutzungen des Flugplatzes ankämpfen zu können.

Nachdem der Regierungsrat des Kantons Zürich kurz nach der Abstimmung verlauten liess, dass er nichts vom Konzept der Gemeinden wissen möchte und er weiterhin die Strategie des Bundes mittrage, drohte der Stadtpräsident Dübendorfs sofort damit, dass man den Baugesuchen für die zukünftige Nutzung sämtliche möglichen Steine in den Weg legen werde.

Die offenbar von langer Hand vorbereitete, durch das Forum nun aufgedeckte Strategie des Stadtrats, wurde damit bereits eine Woche nach der Abstimmung bestätigt. Mit dem unprofessionellen und riskanten Konzept „Historischer Flugplatz mit Werkflügen“ wollen die militanten Aviatikgegner in den Exekutiven den Flugplatz Dübendorf ganz einfach schliessen.

Neue Vorstandsmitglieder gesucht

Per nächste GV haben einige Vorstandsmitglieder nach langer Arbeit für den Verein und dessen Ziele ihren Rücktritt bekannt geben. Um den Verein weiterhin ordnungsgemäss führen zu können, suchen wir Mitglieder, welche sich an der Vorstandsarbeit beteiligen möchten. Wir würden uns über positive Rückmeldungen sehr freuen.

Im Namen des Vorstands wünsche ich Ihnen ein erfolgreiches 2018. Ihr Patrick Walder, Präsident

Impressum:

*Forum Flugplatz Dübendorf
Redaktion: Peter Bosshard
Vereinsadresse:
Postfach, 8600 Dübendorf
Postkonto: 80-47799-0
www.forum-flugplatz.ch
info@forum-flugplatz.ch*

Prof. Dr. Albert A. Stahel

GASTBEITRAG
PROF. DR. ALBERT
A. STAHEL

Bis 1995 war die Schweizer Armee eine Milizarmee deren Hauptauftrag die Verteidigung der Schweiz im Falle eines Krieges war. Ausrüstung, Bewaffnung und Organisation dieser Armee beruhten auf der Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6.6.1966. Dank den in einem Aktivdienst aufgebotenen 400'000 Wehrpflichtigen, den vielen künstlichen Hindernissen, Sperranlagen und vorbereiteten Sprengobjekten wäre in einem Kriegsfall eine breit abgestützte Verteidigung des Landes gegenüber einem Angreifer möglich gewesen. Dieser wäre bei einem Angriff auf unser Land mit einer gut vorbereiten und ausgerüsteten Armee konfrontiert gewesen, die er vermutlich nicht hätte überwinden können.

1995 wurde das damalige Militärdepartement durch Bundesrat Adolf Ogi übernommen. Dieser liess sich von US-freundlichen Beamten und Berufsoffizieren, die in den USA in Fort Leavenworth ausgebildet worden waren, überzeugen, dass die Schweizer Milizarmee überholt sei und dass sie durch eine Einsatzarmee nach NATO-Norm ersetzt werden müsse. Die neu zu bildende Armee sollte in Anlehnung an das Reformprojekt der US Army die Bezeichnung Armee XXI erhalten. Zur Hinführung einer voll einsatzfähigen NATO-Armee waren die historisch gewachsenen Strukturen und Beziehungen zwischen der Armee und den Kantonen zu beseitigen. In einer Art Übereuphorie und Traumwelt waren „überschüssiges“ Material und Waffen zu liquidieren, Zeughäuser und Grosse Verbände aufzulösen und die Armee auf einen Sollbestand von 220'000 Wehrpflichtigen zu verkleinern. In dieser Euphorie liess Bundesrat Ogi sein Department als Departement für „Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport“ umbezeichnen, was einige Verteidigungsattachés in der Schweiz mit Spott quittierten und die Abkürzung als „Volleyball, Basketball und Schwimmen“ bezeichneten. Mit diesem Reformprojekt wurde nicht nur eine während über 150 Jahren andauernde Militärtradition der Schweiz liquidiert, sondern unser Land auch seiner Verteidigungsfähigkeit beraubt.

Die Armee XXI konnte erst unter dem Nachfolger von Bundesrat Ogi, Bundesrat Samuel Schmid, verwirklicht werden. Trotz der veränderten Weltlage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA beharrte Bundesrat Schmid in einer Art Nibelungen-treue zu Bundesrat Ogi auf die Verwirklichung des Projektes Armee XXI. Sehr bald zeigten sich aber die strukturellen Schwächen und das gravierende

Ungenügen der Armee XXI zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages. Zur Beseitigung der wichtigsten Lücken und Schwächen boxte Bundesrat Schmid im Parlament den Entwicklungsschritt 08/11 durch. Entwicklungsschritt 08/11 erwies sich, nach dem durch die Affäre des kompromittierten Chefs der Armee erzwungenen Rücktritt von Bundesrat Schmid als Flickwerk und damit als Fiasko. Nun richteten sich alle Hoffnungen auf seinen Nachfolger, auf Bundesrat Ueli Maurer. Dies liess zuerst die Hoffnung aufkeimen, dass dieser die durch seine Vorgänger begangenen Fehler und die Demontage der Milizarmee beseitigen würde. Sehr bald trat Bundesrat Maurer aber mit einem neuen Reformprojekt, der Weiterentwicklung der Armee (WEA), auf. Nun waren nicht nur „überzählige“ schwere Waffen wie Kampfpanzer und Panzerhaubitzen zu verschrotten bzw. ins Ausland zu verschleudern, sondern die Armee auf einen Sollbestand von 100'000 Wehrpflichtigen zu reduzieren. Den Hauptauftrag Verteidigung sollten weniger als 30'000 Wehrpflichtige erfüllen. Dass eine solche Vorgabe nicht erreicht werden kann, leuchtet auch einem Laien ein. Mit der Ablehnung der Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen durch ein Volksmehr 2014 war bereits ein Fanal über die Maurerherrschaft über das VBS gesetzt. Eine Armee, die über keine einsatzfähige Luftverteidigung verfügt, ist für die Verteidigung eines Landes unbrauchbar. Trotz der einsetzenden Kritik von Milizoffizieren hielt Bundesrat Maurer unbeirrbar an seiner WEA fest.

Mit der Wahl von Herrn Guy Parmelin zum Bundesrat und der Übernahme des VBS 2016 durch ihn hofften wiederum viele Naivlinge, dass jetzt eine Trendumkehr erfolgen und dass das unbrauchbare Projekt WEA sistiert würde. Weit gefehlt. Seit das Referendum gegen die WEA als Folge der Sabotage durch die Classe Politique verhindert wurde, hält Bundesrat Parmelin, der leider nur über wenige Kenntnisse in militärischen Sachfragen verfügen dürfte, getrieben durch seinen Hauptberater, den Botschafter Catrina, unbeirrt an der WEA fest. Aufgrund dieser Situation muss damit gerechnet werden, dass die Schweiz sehr bald über keine einsatzfähige Armee mehr verfügen und deshalb auch nicht mehr verteidigungsfähig sein wird.

Diese Ausführungen wiedergeben nicht nur den Niedergang der Schweizer Armee, sondern auch den gewollten Schritt in eine Katastrophe, die vermutlich erst unsere Nachkommen erleben werden.

(Fortsetzung auf Seite 3)

GASTBEITRAG
PROF. DR. ALBERT
A. STAHEL

ARTIKEL AUS DEM
SCHWEIZER SOLDAT
UND DEM GIARDINO
NACHRICHTENDIENST
SOWIE DIE ANKÜNDI-
GUNG EINER BEISPIEL-
LOSEN ANALYSE

DIE VERANTWORT-
LICHEN MÜSSEN
AUS DEN SCHÜTZEN-
GRÄBEN STEIGEN
UND ÖFFENTLICH
KLAR KOMMUNIZIE-
REN, WAS NOT-
WENDIG IST, UM
DEN SCHUTZ DER
MENSCHEN IN
DER SCHWEIZ
SICHERZUSTELLEN.

Adrian Amstutz, NR

(Fortsetzung von Seite 2)

Die heute eingesetzte Destabilisierung der strategischen Lage in Europa, im Mittleren Osten und in Ostasien lassen bereits jetzt, wie die bekannte Schrift an der Wand in Babylon, das kommende Unheil erahnen. Beinahe ungläubig muss man zur Kenntnis nehmen, dass Bundesrat Parmelin der vierte VBS-Chef in einer Reihe ist, bestellt durch die SVP, der sich zwecks Anpassung unserer Verteidigung an die NATO-Normen durch den Hilfsfourier und Botschafter Catrina instrumentalisiert lässt. Wahrlich, unter Bundesrat Ogi erfolgte, getrieben durch Schalmeienklänge der USA-Hörigen im Verteidigungsdepartement, der Totschlag der Milizarmee. Unter Bundesrat Schmid wurde die Rumpfarmee eingespart und durch Bundesrat Maurer und seine Helfer wurde der Rest schlussendlich beerdigt. Nun erfolgt unter Bundesrat Parmelin eine Art Leichenfledderei an den Überbleibseln.

KOLLISIONEN IM PAZIFIK ZEITIGEN PERSONELLE KONSEQUENZEN

(Schweizer Soldat Novemberausgabe 2017)

Am 17. Juni kollidierte der Raketenzerstörer USS Fitzgerald südwestlich von Yokosuka mit einem Handelsschiff, am 21. August kollidierte die USS John S. McCain mit einem Tanker eingangs der Strasse von Singapur, bereits am 31. Januar war der Kreuzer USS Antietam in japanischen Gewässern aufgelaufen, einige Monate später rammte der Kreuzer USS Lake Champlain ein südkoreanisches Fischerboot. Der Kdt der USS Fitzgerald wurde sehr rasch freigestellt, ebenfalls der Kdt der 7. Flotte, Vizeadmiral Aucoin. Die personellen Konsequenzen dauern an. Am 18. September hat der neue Kdt der 7. Flotte, Vizeadmiral Phil Sawyer, Konteradmiral Charles Williams, Kdt Task Force 70 (zu der auch der Träger USS Ronald Reagan gehört) sowie Kapitän zur See Jeffrey Bennett, Kdt der Destroyer Squadron 15 (zu der die beiden Zerstörer gehören) abgelöst. Ebenfalls am 18. September hat Vizeadmiral Tom Rowden, Kdt aller Überwasserverbände der US Navy, seinen Rücktritt angeboten. Am gravierendsten ist aber der Rücktritt von Admiral Scott Swift, dem Befehlshaber der US Pazifikflotte. Er war vorgesehen, nächstes Jahr das Kommando über den gesamten Pazifikbereich (PACOM) zu übernehmen und dort Admiral Harry Harris abzulösen. Swift leitete die «RIMPAC»-Manöver und zierte das Titelblatt unserer Februar-Ausgabe 2017. Nun ist ihm vom Chief of Naval Operations (CNO), Admiral John Richardson,

mitgeteilt worden, dass er diese Funktion nicht übernehmen könne. Nähere Gründe dazu sind nicht genannt worden, möglich ist aber, dass bei dieser Entscheidung die Unfallserie im Pazifik eine Rolle spielt. Admiral Swift, ein hoch dekoriertes Marineflieger, hat sehr rasch die Konsequenzen gezogen und am 25. September um die Versetzung in den Ruhestand gebeten. Nicht verbittert, sondern konsequent. Er wolle Platz schaffen, um dem CNO einen personellen Neuanfang bei der Pazifikflotte und im Pazifikkommando zu ermöglichen. Solche Reaktionen sind in den US Streitkräften nicht unüblich. Es gehört zur Kultur in hohen US Offizierskreisen, solche Entwicklungen nicht auszusitzen, sondern bei gravierenden Vorfällen Konsequenzen zu ziehen. Dies selbst dann, wenn keine unmittelbare Schuld vorliegt und die Untersuchungen noch laufen. Die Frage steht im Raum, ob der Prozess der Veränderungen abgeschlossen ist oder nicht. Jedenfalls dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch der Kdt der USS John S. McCain freigestellt wird. Oberst i GSt Jürg Kürsener

FRANKREICH: ARMEECHEF TRITT WEGEN SPARKURS ZURÜCK

«Ich habe heute beim Präsidenten meinen Rücktritt eingereicht» teilte Generalstabschef Pierre de Villiers mit. Ich sehe mich nicht weiter instande, das Modell einer Armee aufrechtzuerhalten, an das ich glaube, um die Sicherheit Frankreichs und der Franzosen zu garantieren». Er habe es als seine Pflicht angesehen, seine Sorgen über die Sparmassnahmen hinter verschlossener Tür, in aller Transparenz und Wahrheit kundzutun. **Kommentar Giardino:** Wäre der frühere Schweizer CdA, KKdt A.Blattmann ebenso konsequent seinem Heimatland gegenüber verpflichtet, hätte er schon vor Jahren seine Demission einreichen müssen, um seinen Protest gegen die Halbierung der Armee (WEA) kundzutun.

ANKÜNDIGUNG

Dr. jur. Rudolf P. Schaub beschreibt in einer beispiellos, fundierten und schonungslosen Analyse «Die fehlende militärische Bedrohung der Schweiz – eine gefährliche Wunschvorstellung» der von falschen Annahmen ausgehende «Sicherheitspolitische Bericht» und der daraus abgeleiteten «Weiterentwicklung der Armee». Eine «Pflichtlektüre» wenn man sich über den Zustand der Kräfteverhältnisse und der aktuellen Bedrohung in Europa informieren will. Es ist geplant, unseren Vereinsmitgliedern diese Schrift zuzusenden.

DIE SCHWEIZER LUFTWAFFE VON 1970-2017

GESCHICHTE EINES SINKFLUGES

Peter Schneider, Oberst i Gst a D, Vizepräsident von Pro Militia

GASTBEITRAG
PETER SCHNEIDER

Im Jahr 1966 nahm die Luftwaffe (damals Flugwaffe) 58 Mirage III in Betrieb. Zu diesem Zeitpunkt umfasste die schweizerische Militärflugzeugflotte, nebst den Mirage III, 220 Vampire, 250 Venom und 160 Hawker Hunter. Ende der 1960er Jahre war man der Auffassung, knapp 700 Kampfflugzeuge seien für eine glaubwürdige Luftverteidigung des Landes erforderlich; heute diskutieren wir darüber, ob wir den Schutz unseres Luftraumes dereinst 20, 30 oder sogar 50 neuen Flugzeugen übertragen sollen.

Im Gefolge der Mirage-Beschaffung kam es zur so genannten „Mirage-Affäre“. Diese entstand durch Kostenüberschreitungen, die durch technische Änderungswünsche der Schweiz verursacht wurden. Die Mirage III war aber ein hervorragendes Flugzeug, die Aufklärer (Mirage III RS) wurden erst 2003 ausgemustert. Gleichzeitig ist hier das erste Anzeichen des Niederganges zu erkennen, man hielt es nicht für nötig, die Mirage III RS zu ersetzen. Dadurch verfügt unsere Luftwaffe seit 2003 über keine eigentliche Aufklärung aus der Luft mehr; die insbesondere weit über die Grenze hinaus von entscheidender Bedeutung sein könnte.

Corsair oder Milan?

In der Folge der Mirage-Angelegenheit entschied das EMD 1972, dass die nächste Kampfflugzeuggeneration ausschliesslich für die direkte und indirekte Feuerunterstützung der Erdtruppen eingesetzt werden müsse.

Evaluiert wurden der A-7 Corsair II der Firma Ling-Temco-Vought, der ab 1965 bei der US Navy als Flugzeugträger-gestütztes, leichtes Unterschall-Angriffsflugzeug im Einsatz war, und der Dassault Milan S, eine geplante Weiterentwicklung der Mirage III.

Dieser Vergleich ist kaum nachvollziehbar; der Milan S war als Hochleistungsflugzeug konzipiert, der A-7 entsprach etwa dem damals schon in der Schweiz im Einsatz stehenden Hawker Hunter.

Es kam am 9. September 1972 zum Nullentscheid: weder Corsair noch Milan wurden erworben. Dafür beschaffte die Schweiz zwei zusätzliche Serien von je 30 gebrauchten Hawker Hunter, ein Flugzeug, das zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr auf der Höhe der Zeit war. Dieser Nullentscheid markiert einen weiteren Schritt des Niederganges: man hat einfach nichts getan.

Northrop F-5E/F Tiger II

1976 beschloss das Parlament die Beschaffung von insgesamt 72 Northrop F-5; dieser setzte sich in der Evaluation gegen den F-4 Phantom II, den Dassault Mirage F1 und den Saab JA 37 Viggen durch. Auch dieser Entscheid ist nicht nachvollziehbar; die drei ausgeschiedenen Flugzeuge waren alle dem F-5 weit überlegen (wenn auch teurer), der F-5 wurde damals in der Fachpresse als „kostengünstiges [zweitklassiges] Flugzeug für arme Partnerstaaten der USA“ beschrieben. Im Jahr 1981 erwarb die Luftwaffe zusätzliche 32 F-5E und 6 F-5F.



Man wollte unbedingt 110 Flugzeuge, an Stelle von etwa 60-80 Stück eines der Gegenangebote. Die Beschaffung des F-5 (statt eines wirklich leistungsfähigen, europäischen Jagdflugzeuges, wie Mirage F1 oder Viggen) war ein weiterer, grosser Schritt Richtung Abgrund.

F/A-18C/D Hornet

Am 7. März 1988 genehmigte der Bundesrat den Antrag des Rüstungsausschusses, die Hauptevaluation für ein neues Kampfflugzeug mit den Typen F-16C/D und F/A-18C/D durchzuführen. Die Kandidaten Saab JAS-39A/B Gripen und Dassault Mirage 2000 schieden damit aus.

Im Mai 1989 orientierte Bundesrat Kaspar Viliger die Militärkommissionen; er legte grossen Wert darauf, das Endziel von etwa 100 Hochleistungsflugzeugen zu nennen. Im Frühjahr 1992 stimmten beide Kammern des Parlaments der Beschaffung von 34 F/A-18C/D zu (von einer späteren zweiten Tranche und 100 Flugzeugen war keine Rede mehr). Gleichzeitig mit der Schweiz beschaffte Finnland weitgehend identische 57 F/A-18C und 7 F/A-18D.

Die Anzahl von 34 Flugzeugen entstand nicht als Folge einer Bedrohungsanalyse, sondern wegen

des Kostendaches von 3 Milliarden Franken. Es ging munter weiter nach unten: Zwar hatte man (im Gegensatz zum F-5) ein ohne jeden Zweifel ausgezeichnetes Flugzeug beschafft, aber:

- Die schrittweise Weiterbeschaffung auf das von Bundesrat Villiger vorgegebene Ziel von 100 Hochleistungsflugzeugen wurde „vergessen“.
- Der Hornet ist ein „F/A“ Flugzeug, trotzdem wurde die Erdkampfunterstützung (das „A“ von „F/A“) bis heute nicht realisiert – auch 2017 scheiterte sie im Nationalrat!

Tiger-Teilersatz (TTE)

Im Januar 2007 gab das VBS bekannt, dass die vier Flugzeughersteller Boeing (F/A-18E/F), Dassault (Rafale), EADS (Eurofighter) und Gripen International (Saab JAS-39E Gripen) eingeladen wurden, erste Offerten für einen Teilersatz der Tiger-Kampfflugzeuge einzureichen. Die Flugerprobung würde voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. Effektiv fanden sie dann erst 2008 statt. Boeing zog im Anschluss seine Offerte für den F/A-18E/F zurück. Die sorgfältig durchgeführte Evaluation wurde nur durch Lecks öffentlich bekannt; schade, denn sie ist auch für die kommende zweite Runde interessant. Das Resultat war kaum eine Überraschung: Rafale auf Platz eins, dann der Eurofighter und als dritter der JAS-39E Gripen.

Drei(!) Jahre später entschied der Bundesrat, 22 Gripen E zu kaufen, mit der Begründung Tiger-Teilersatz. In Wirklichkeit hätte es um den schrittweisen Ersatz des F/A-18C/D gehen müssen und somit um die Forderung nach einem entsprechenden Hochleistungsflugzeug. Die Argumentation mit dem Preis war unredlich: Mit der letzten Offerte lag Dassault im Bereich des Gripen. Zudem hatte Frankreich ein sehr umfassendes Begleitpaket angeboten (Benützung des gesamten französischen Luftraumes, aller Rafale-Basen, aller Schiessplätze, wenn gewünscht Unterhalt, wenn gewünscht alle Simulatoren, etc., wenn gewünscht auch für den Hornet). Dies alles direkt ab Schweizer Flugplätzen – ohne die aufwendigen und kostspieligen Arbeiten und Transporte, die anfallen, wenn zum Beispiel in Skandinavien geflogen wird.

Der Rafale war über alles nicht nur die beste, sondern auch die günstigste Lösung! Es ist bemerkenswert, dass der Bundesrat das Volk nie über das Gesamtangebot „Frankreich + Dassault“ informiert hat. Hingegen wurde ein fragwürdiges Finanzierungsmodell auf die Beine gestellt: Es sollten über 10 Jahre je 300 Millionen Franken zurückgestellt werden, um die geforderten 3

Milliarden finanzieren zu können. Dazu war ein Gesetz erforderlich, das – weil nicht Rüstungsprogramm – dem fakultativen Referendum unterlag, das dann auch prompt ergriffen wurde. Am 18. Mai 2014 lehnte die Stimmbevölkerung mit 53,4% der Stimmen nicht etwa den Gripen E als solchen, sondern das vorgeschlagene Finanzierungsmodell für ein Flugzeug ab.

Ganz unten gelandet

Nun sind wir bald ganz unten angekommen: Zum ersten Mal wurde eine Flugzeugvorlage vom Volk abgelehnt, wegen eines untauglichen Finanzierungsmodelles und des fragwürdigen Verhaltens des VBS. Umfragen zufolge ist anzunehmen, dass zahlreiche Armeebefürworter die Vorlage ablehnten, weil sie zwar ein Flugzeug, aber nicht den Gripen E wollten.

Quo Vadis?

Nach mehreren Zwischenfällen wissen die Bürgerinnen und Bürger, dass zeitweise nur ganz wenige F/A-18 einsatzbereit sind und dass der F-5 hoffnungslos veraltet ist; Einsätze rund um die Uhr werden erst ab Ende 2020 möglich sein. Das hat alles nicht zur Vertrauensbildung beigetragen, sondern im Gegenteil zum Image, das alles sei gar nicht so wichtig, es gehe ja auch ohne (wie schon „bewiesen“ mit den nicht mehr vorhandenen Luftaufklärung und Erdkampfunterstützung).

Im Mai 2017 erschien der Expertenbericht „Luftverteidigung der Zukunft“, der vier Optionen präsentiert (55-70, 40, 30 respektive 20 Flugzeuge) mit welchen „das vom Bundesrat angestrebte Leistungsniveau der Luftwaffe mit unterschiedlichen Ausprägungen und damit verbundenen Risiken umgesetzt werden kann“. Damit ist wohl klar, dass wir von höchstens 30 Flugzeugen reden, nachdem laut diesem Bericht offenbar sogar 20 ausreichend wären. Für eine effektive, glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit dürften aber 100 Hochleistungsflugzeuge (70 neue Flugzeuge und 30 aufdatierte F/A-18C/D mit Erdkampffähigkeit) ein absolutes Minimum darstellen – wir hatten noch nicht so lange her für diese Aufgabe fast 700 Kampfflugzeuge!

Nun rächt sich, dass man 1975 den zweitklassigen F-5 und 1992 den zwar erstklassigen Hornet, aber in viel zu kleiner Stückzahl, beschafft hat und seither nichts mehr.

Die Vorstellung der neuen Kampfflugzeug-Evaluation Ende Mai 2017 war unprofessionell; aus meiner Sicht ist diese Beschaffung schon jetzt gefährdet. **Wir sind nun am Ende angekommen, nach dem F/A-18 wird die Schweiz keine Kampfflugzeug**

mehr besitzen, wenn nicht endlich mit aller Deutlichkeit und rasch vorgegangen wird:

- Es fehlt ein Sicherheitspolitischer Bericht, der auf Grössenordnung 30-40 Seiten eine strategische Beurteilung der Lage vornimmt und die wesentlichen Schlüsse darlegt;
- Es fehlt eine brauchbare und konkrete Bedrohungsanalyse, aus der sich ein möglichst klarer Bedarf an Flugzeugen ableiten lässt;
- Es fehlt eine brauchbare und konkrete Bedrohungsanalyse, aus der sich ein möglichst konkretes Heer – nach der Übergangslösung „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA), – ableiten lässt;
- Es fehlen überzeugende Finanzierungsmodelle für die immer wieder vorweggeschobenen und nun anstehenden umfangreichen Beschaffungsbedürfnisse für die Luftwaffe (inklusive der auch aufgeschobenen bodengestützten Luftverteidigung BODLUV) und das Heer;
- Es fehlt nach wie vor eine verständliche, stufengerechte und glaubwürdige Kommunikation.

Die Luftwaffe ist doppelt gefährdet, einmal weil seit vielen Jahren zu wenig Flugzeuge beschafft

DEN TÄTER LÄSST MAN LAUFEN, DER ÜBERMITTLER WIRD BESTRAFT

*Angefangen hat alles am 29. April 2016 in der Kaserne Brugg AG, wohin der damalige Armeechef André Blattmann 150 Generalstabsoffiziere zu einem Seminar befohlen hatte. Doch aus dem Seminar wird eine Abrechnung. In seiner Rede polemisiert der Armeechef gegen jenen «**widerlichen Kerl**», welcher der TV-Sendung «Rundschau» geheime Dokumente zugespielt habe. Er wolle diesen «**Verräter** auf «**die Schlachtbank**» führen, wettet Blattmann. Den Moderator der «Rundschau» bezeichnet er als «**Sandro Kotz, üh Brotz**». Gut zehn Tage später macht die «Zentralschweiz am Sonntag» Blattmanns Entgleisung publik. Und kurz darauf publiziert diese Zeitung die Audioaufnahmen. Den angeblichen Verräter; über den Blattmann sich in Brugg empörte, hat die Militärjustiz trotz grossem Aufwand nie gefunden. Dafür fand sie jenen Offizier, der Blattmanns Brandrede in Brugg mit seinem Smartphone aufgezeichnet hatte. Am 23. Mai 2016 um 6 Uhr marschieren die Militärpolizei am Wohnort des Offiziers ein, durchsucht seine Wohnung und sein Büro und beschlagnahmt Handy und Computer. Jetzt steht der Mann vor Gericht und bestreitet keine Sekunde, dass er Blattmanns Rede aufgezeichnet habe. Er könne dabei aber kein Problem erkennen, denn über militärische Geheimnisse habe Blattmann ja nicht geredet. Der Offizier ge-*

werden, aber auch weil still und leise Flugplatz um Flugplatz stillgelegt wurde: die verbliebenen Basen Payerne, Meiringen und, mit Einschränkungen, Emmen reichen für eine glaubwürdige Luftwaffe gar nicht aus!

Unsere ganze Armee ist nun ernsthaft gefährdet. Zudem sollte sie sich möglichst rasch von der Übergangslösung WEA, lösen und wieder auf einen bedrohungsgerechten, notwendigen Gesamtbestand (personell und materiell) aufgestockt werden.

Der nächste Krieg in und rund um Europa wird kommen, in einer neuen Gestalt und mit neuen Mitteln; umso mehr müssen wir dann in der Lage sein, uns zu verteidigen und Land und Leute zu schützen. Muss es denn wirklich sein, dass die Schweiz wie 1870, 1914 und 1939 für den nächsten Krieg wieder nicht bereit sein wird?

Ob wir uns auch aus diesem Kriege werden heraushalten können, steht freilich auf einem anderen Blatt geschrieben; ohne wirklich glaubwürdige Armee zumindest ein sehr wagemütiges Unterfangen!

steht auch, dass er die Audiodateien mit der Rede auf einen Whatsapp-Chat der Gruppe Giardino hochgeladen habe. Diese Gruppe, der der Angeklagte angehört, befand sich 2016 im Kampf gegen die Armee reform WEA. Für die Armeespitze war und ist Giardino bis heute ein rotes Tuch.

An jenem Abend in Brugg, so erklärt der Angeklagte, sei er der «Beobachtungsposten» der Gruppe Giardino gewesen. Darum habe er Blattmanns Ausführungen anschliessend im Chat mit seinen Mitstreitern geteilt. Wer die Dateien dann den Medien zugespielt habe, wisse er nicht – er jedenfalls nicht. Es ist der Begriff «Beobachtungsposten», der den Auditor zu seinem Ruf nach Degradierung provoziert. Es könne doch nicht sein, empört er sich, dass irgendwelche Gruppen ihre Beobachtungsposten in der Armeespitze platzieren. Zudem wirft er dem Angeklagten vor, mit seiner Aufnahme das Ansehen der ganzen Armee geschädigt zu haben. «Erschüttert» sei er gewesen, als er Blattmanns Rede gehört habe, sagt der Verteidiger des Angeklagten. Der Armeechef sei derjenige, der mit solchen Aussagen «die Uniform befleckt» habe – und nicht etwa sein Mandant, der Blattmanns Rede bloss aufgezeichnet habe.

Kommentar Beda Düggelin: Das Militärgericht ist doch Partei! Es ist unverständlich, eine hohe Militärperson in dieser Angelegenheit für die Entgleisung zu schützen und den Überbringer der schlechten Botschaft zu verurteilen. Damit wurde tatsächlich das Ansehen der Armee geschädigt!

**KRITIK AN DER EHEM.
ARMEEFÜHRUNG**

**WILLY P. STELZER,
VOLKETSWIL**

**WILLI VOLLENWEIDER
ZUG, PRÄSIDENT DER
GRUPPE-GIARDINO**

**VERLORENER GLAUBE AN DIE
ARMEE**

Das «Bürgerkomitee gegen die Halbierung der Armee» musste bei seinen Bestrebungen für ein Referendum zur Armee reform (NZZ 7. 7. 16) einen Kampf wie David gegen Goliath führen. Keine der drei bürgerlichen Parteien hat das Referendum unterstützt. Keine Parlamentsgruppe konnte überzeugt werden, dass hinter dem Plan der Weiterentwicklung der Armee (WEA) eine bald fünfzehnjährige Anstrengung von VBS-Exponenten steht, die Schweizer Armee in die Nato zu führen. Eine Auseinandersetzung wie im Vorfeld der Armee 61 konnte gar nicht geführt werden. Einerseits hatte **Korpskommandant A. Blattmann** seine Brigadiers, Divisionäre und Korpskommandanten zur schriftlichen Loyalitätserklärung verpflichtet. Andererseits werden über zwei Drittel der kantonalen Offiziersgesellschaften und der Fachoffiziersgesellschaften durch Berufsoffiziere oder Beamte geführt. Für sie galt das Gleiche: «Maul halten» und «Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing». Sowohl Bundesrat als auch Parlament haben vollkommen negiert, dass mit dem Stationierungskonzept, welches ganz eng mit dem WEA verknüpft ist, nicht nur wertvollste Strukturen für immer zerschlagen, sondern auch 72 Bataillone und rund 350 Kompanien eliminiert werden.

Die Unterstützung für das Milizkonzept und die Milizarmee in der breiten Bevölkerung hat in den letzten Jahren massiv nachgelassen. Der 7. Juli 2016 ist für die Schweizer Milizarmee ein rabenschwarzer Tag. Die nachfolgenden Generationen werden in einem Konfliktfall einen unerhört hohen Preis bezahlen. Warum? Weil diese Armee nicht in der Lage ist, die Bevölkerung zu schützen und das Land gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung zu verteidigen. Den Glauben an die Institution Armee und deren Führung habe ich längst verloren. Willy P. Stelzer, Volketswil

ARMEE AM ENDE

(zu «Armeebotschaft 2017»)

Der in der VBS-Hochglanz-Broschüre «Armeebotschaft 2017» auf Seite 12 stehende Passus in die Geschichte eingehen: (Zitat) «**Die heutigen Munitionsvorräte sind zu klein. Sie wären bereits nach kurzen Einsätzen verbraucht. Die Armee könnte bei einem entsprechenden Einsatz ihren Auftrag nur über wenige Tage erfüllen.**»

Unglaublich: Unserer Armee ist also die Munition ausgegangen. Die VBS-Teppichetage hat «vergesen», rechtzeitig nachzubestellen. Oder präziser: dies unterlassen. Damit wird erstmals zugegeben, dass die Armee seit geraumer Zeit und ganz be-

sonders jetzt nicht einsatzbereit ist. «Nicht» heisst: «überhaupt nicht». Im Klartext: **Das ist das Ende der Glaubwürdigkeit des VBS und unserer Armee!** Eine wahrhaftige Bankrotterklärung. Der Beweis totaler Unfähigkeit der Führung. Obiges Zitat macht das gesamte Rüstungsprogramm und die Ersatzbeschaffungen obsolet. Aber: Wie kann das soweit kommen? Wo sind die früher gewieften Logistiker geblieben, denen eine solch katastrophale Fehlplanung niemals passiert wäre? Sind das die Auswirkungen der Terror-Führungskultur und der Beförderungs-Korruption von **Blattmann** und seinen Vorgängern im VBS? Schlafen die Sicherheitspolitischen Kommissionen (Sipol) des Parlaments eigentlich? Sind sie zu Kaffeekränzchen verkommen, die sich regelmässig zu «netten» Plauderstündchen treffen, um untertänigst alles abzunicken, was ihnen von den «äusserst beeindruckenden» ordenbehangenen VBS-«Generälen» präsentiert wird, die mehr an k.u.k.-Operettenfiguren erinnern als an entschlossene und überzeugende Vaterlands-Verteidiger? Einfach unfassbar!

Einem wegen einem viel zu teuren Weihnachtsessen beschuldigten Oberfeldarzt macht man eine riesige Szene. Gegen einen Whistleblower, der die wüsten Beschimpfungen des alten Chefs der Armee in einem Vortrag an die Öffentlichkeit bringt, eröffnet man ein Strafverfahren. Dem für dieses katastrophale Logistik-Debakel verantwortlichen Logistik-Chef der Armee (LBA), den Chef der Armee-Planung und ihre Mittäter stellt man hingegen nicht vor Gericht! Im Gegenteil: Man befördert den ehemaligen Chef LBA sogar noch! Dabei geht es hier um nichts geringeres als um Amtspflichtverletzung und um Landesverrat. Unser Staat bietet unsere Jungen zur Rekrutenschule auf und bildet sie aus. Man verschweigt ihnen gegenüber aber, dass für den Ernstfall nur für wenige Tage Munitionsvorräte da sind. Es sei erinnert an die Schrift «Recht und Pflicht von Armeeangehörigen zur Befehlsverweigerung in einem künftigen Verteidigungsfall» von **Dr. Rudolf P. Schaub**. Für die Armee-Führung und für das VBS sind unsere jungen Soldaten nichts weiteres als Kanonenfutter. Wir schicken sie ohne Munition in den Kampf.

Am Geld fehlte es bekanntlich in den letzten Jahren nicht! Regelmässig hat das VBS Kreditreste in der Grössenordnung von Hunderten von Millionen an die Bundeskasse zurückgegeben, weil dem VBS keine notwendigen Einkäufe eingefallen sind. Jedesmal wenn wir glauben, wir hätten jetzt ein einigermaßen vollständiges Bild über die Missstände im VBS, erreicht uns zusätzlich eine neue Hiobsbotschaft! Langsam kommt auch der grösste Armeefreund auf den Gedanken, dass wir nicht darum herumkommen werden, hier einen Schlussstrich zu ziehen! Die «Politik» schaut einmal mehr weg.

Willi Vollenweider, Gemeinderat und Kantonsrat (parteilos), Präsident Gruppe Giardino, Zug

**WENN MAN
EINEN SUMPF
TROCKENLEGEN
WILL, DARF
MAN NICHT DIE
FRÖSCHE
DAMIT
BEAUFTRAGEN.**

Mark Twain

TACHELESS AUS DER REDAKTIONSTUBE

PETER BOSSHARD,
EHRENPRÄSIDENT
FORUM FLUGPLATZ
DÜBENDORF

Hinweise / Legende:

- 1) Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.
- 2) ASMZ Nr. 12/2017
- 3) KKdt Aldo C. Schellenberg
- 4) 05.01.2018 vtg.admin.ch
- 5) Blog Gruppe Giardino
- 6) Blickinterview 8.1.2018
- 7) Thesenpapier Bundeswehr
- 8) KKdt Philippe Rebord
- 9) KKdt Daniel Baumgartner
- 10) Div Bernhard Müller
- 11) Weiterentwicklung der Armee

LIEBER MIT DER WAHRHEIT FALLEN ALS MIT DER LÜGE SIEGEN.

UDO ULFKOTTE

Als ich 1990 das Forum Flugplatz Dübendorf gründete dachte ich nicht im Traum daran, dass unsere Armee dereinst so tief in die verteidigungspolitische Bedeutungslosigkeit fallen würde. Der absolute Tiefpunkt in der Glaubwürdigkeit unserer Armee ist nun erreicht. Wunschenken und die weitgehende Ausblendung der Geschichte, sowie das unglaubliche Versagen der gesamten politischen und militärischen Führung, führten buchstäblich zur sträflichen Vernachlässigung unserer Landesverteidigung. Die Zerfallserscheinungen sind u.a. das Produkt jahrelanger Ignoranz der Kräfteverhältnisse in Europa bis weit über den Ural hinaus sowie der rasanten Aufrüstung russischer Streitkräfte. Der hilflose Ruf nach der Lösung des gordischen Knotens, genannt WEA¹¹ mit der einhergehenden Verbiegung des Art. 58 der Bundesverfassung¹ macht leider deutlich, **die Armee ist definitiv am «Ground Zero» angekommen!**

Verantwortung ja – Konsequenzen nein!

Die Bürgerinnen und Bürger sind über den wahren Zustand der Armee leider nur mangelhaft informiert. Die Meisten wiegen sich in falscher Sicherheit nach dem Motto, «die Armee werde es im Krisenfall schon richten». Kann es damit zu tun haben, dass die Armeeführung seit Jahren das Hohelied der subsidiären Aufgaben singt und die **raison d'être der Armee nur noch als kümmerlichen Anhang propagiert?** So auch bei der Luftwaffe, wo fast ausschliesslich nur noch von Luftpolizeiaufgaben die Rede ist statt vom Kampfauftrag im Krisenfall! Der effektive Auftrag gem. Art. 58 BV¹ wird von der Armeeführung nämlich gemieden wie der Teufel das Weihwasser! Ja ich mag die unsäglichen Sprüche der mittlerweile zu Politikern mutierten höheren Stabsoffiziere (HSO) nicht mehr hören, die sich meisterhaft hinter dem Primat der Politik verstecken statt Klartext zu sprechen, z.B. **welche Mittel die Armee zur Erfüllung des verfassungsmässigen Auftrages wirklich braucht!** Eine Besserung ist leider nicht zu erkennen wie in der Januarausgabe der ASMZ über den Jahresrapport der Luftwaffe nachzulesen ist. Es genügt eben nicht, nur über die Aufrüstung von Russland zu berichten! Vom Kommandant Luftwaffe¹⁰ erwartet man Klartext, z.B. welche konkreten Schlüsse daraus zu ziehen wären!

Was haben die Schiffskollisionen der US Pazifikflotte bezüglich personellen Konsequenzen mit den sieben schweren Flugunfällen in der Schweiz miteinander zu tun, die die Verantwortungsperiode des ehem. Kdt Luftwaffe³ überschatteten? Eigentlich nichts! Wie Sie auf Seite 3 jedoch nachlesen können, führten die Schiffskollisionen zur Entlassung von höchsten Offizieren. Nicht so

bei uns, wie Beförderungen beweisen. Ein Zusammenhang zwischen den Flugunfällen wird quasi in eigener Sache «rasch und entschieden»² verneint. Das mag in technischer Hinsicht zutreffen aber es gibt da noch andere Faktoren, die u.U. mit der Ausbildung zu tun haben könnten. Das zu klären wäre Sache einer unabhängigen Sicherheitsuntersuchungsstelle die bei uns allerdings fehlt².

Auch der Startanlass des neuen Kommandos «Operationen» stellte wiederum eine verpasste Chance dar Tacheless zu sprechen. Der Kommandant³ übt sich in wohlformulierten Floskeln⁴ und umgeht die Frage nach der «Kriegstauglichkeit» unserer Armee. Gotthard Frick formuliert es in einem Blog⁵ so: «Die Schweiz hat keine Armee mehr, um einen Krieg um das Land zu führen. Sie soll nur noch «Operationen» durchführen können. **Operationen sind per Definition vom Umfang der eingesetzten Mittel, der räumlichen Ausdehnung und zeitlichen Dauer her beschränkte militärische Handlungen.** Sie sind nicht ein Krieg ums Land. Die zahlreichen Panzer und anderen schweren Mittel aller militärisch bedeutenden Mächte, u.a. die seit zwei Jahren wieder einsatzbereite russische 1.Garde-Panzerarmee, wurden nicht für ein Freilichtmuseum für die Leugner der Realität eines künftigen Krieges aufgebaut. Mit nur noch 6 Kampfbataillonen und 4 Artillerieabteilungen kann die weiter eliminierte Armee tatsächlich nur noch einzelne Operationen durchführen».

Interessant hierbei die Aussage des Chefs der Armee⁸, wonach «für einen grossen Konflikt in Europa sicherlich mit einer **Entwicklungszeit von zehn Jahren** zu rechnen⁶ sei». Solche Statements stehen im erschreckenden Kontrast zu jenen vom Generalstabschef der russischen Streitkräfte, General Gerassimov und den Erkenntnissen aus dem russisch-weissrussisches Militärmanöver **Zapad 2017, das mit 100'000 Mann den Krieg gegen die Nato trainierte.**

Es will einfach nicht zusammenpassen, dass laut ETH-Sicherheitsbericht derzeit 70 Prozent der 20- bis 29-Jährigen die Armee für notwendig erachten und handkehrum die Soldaten massenhaft in den Zivildienst abwandern. Das verzweifelte Angebot des Chef.Ausbildung⁹ von zwei «Jokertagen» in der Rekrutenschule riecht nach einem vergammelten Köder. Glaubt jemand ernsthaft, das würde unsere «Turnschuhgeneration» zu einer Trendumkehr motivieren?

Auf Jahresbeginn ist unsere einst stolze Armee, auf mickrige **100'000 Mann halbiert** worden. Nota bene bei gleichbleibender Anzahl HSO (50)! Mit Pauken und Trompeten wird nun die WEA¹¹ umgesetzt die nicht einmal im Ansatz dem Art. 58 BV gerecht werden kann. Das riecht jetzt wirklich nach Leichenhalle!